

## **Deutschland „verzichtet“ auf Millionen an Zinsgewinnen aus Griechenland**

Etwa 730 Millionen Euro an Zinsgewinnen kann der Bund mit den aktuellen Entscheidungen zur Griechenlandhilfe als Mindereinnahmen für das nächste Jahr verbuchen. Bisher hat die Bundesrepublik Deutschland an der Griechenlandkrise kräftig verdient. Sie hat sich zu günstigen Zinsen Geld geliehen und dies dann zu höheren Zinsen an Griechenland weiter verliehen.

Das ganze Geld, das in den letzten Jahren nach Griechenland geflossen ist, diente nur dazu die Zinsen für die Staatsverschuldung des Landes aufzubringen. Die sind dann, unter anderem, auch nach Deutschland geflossen. Den Griechen werden weitere Kürzungen ihres Lebensstandards zugemutet, damit die Zinszahlungen an die privaten und öffentlichen Gläubiger bedient werden.

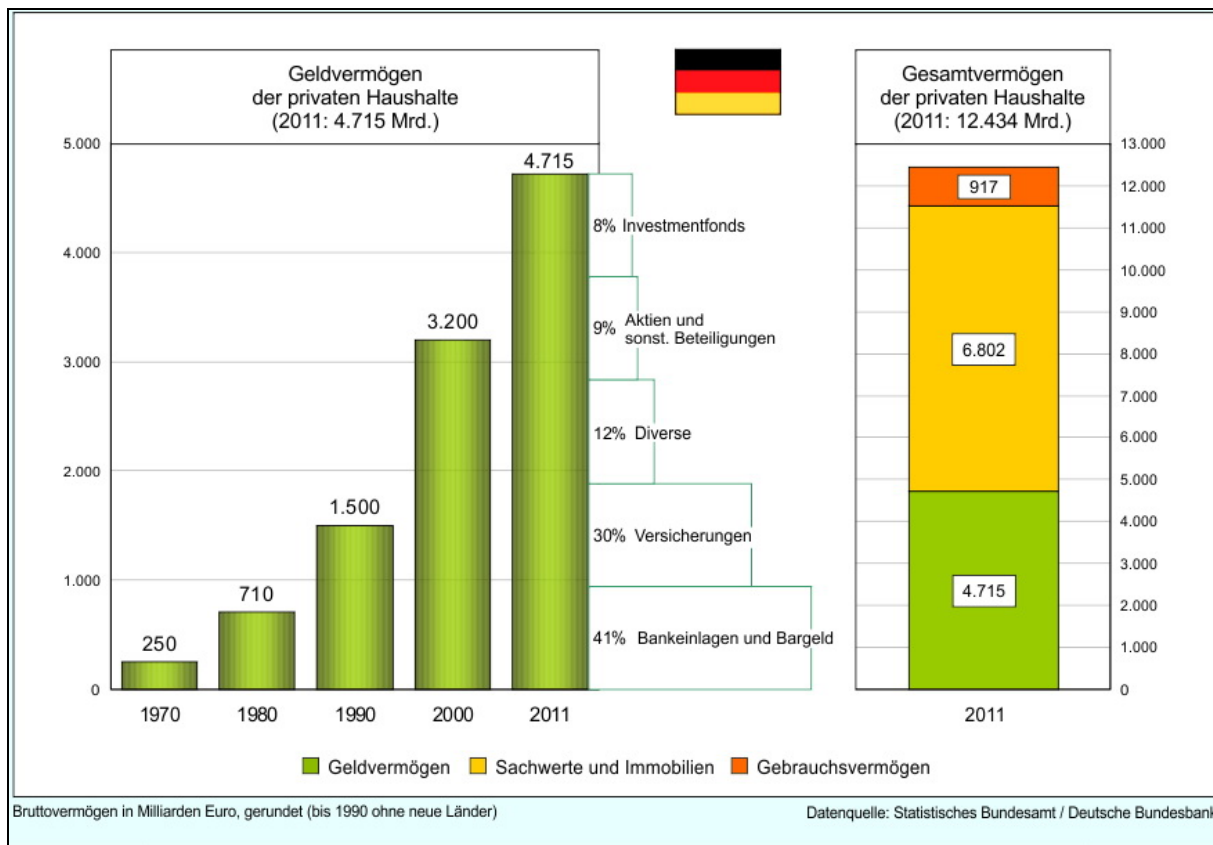
Die Wirtschaft in Griechenland bricht immer mehr ein. Angst greift um sich, Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor der Zukunft. Die Spar- und Sanierungsaufgaben der Troika reißen große Teile der griechischen Bevölkerung in die Armut. Arbeitslosengeld wird nur für ein Jahr gezahlt.

Die EU und der Internationale Währungsfond haben beschlossen dem Land mehr Zeit und neue Mittel zu gewähren, um einen Schuldenstand zu erreichen, der bei etwa 120 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) liegt und damit eine Basis erreicht wird, die zur Unabhängigkeit von Finanztransfers der Union führen könnte. Glauben tut daran wahrscheinlich aber keiner. Der Staatsbankrott wird schon seit Jahren verschleppt und zunächst wurde erst mal aus dem Land rausgepresst, was möglich war.

Jetzt verzichten die öffentlichen Geldgeber auf Zinseinnahmen und gewähren dem Land eine neue Kreditspritze von 43,9 Milliarden Euro. Griechenland soll mit dem aktuell überwiesenen Mittel zum Teil seine eigenen Anleihen zu einem Wert von 35 Prozent (die Anleihebesitzer, vor allem EZB verzichten auf 65 Prozent) zurückkaufen, um dadurch Zinssenkungen zu erreichen und damit „billiger“ an neue Anleihen zu kommen. Was für ein Schwachsinn.

An dieser Stelle noch mal ein Blick auf das Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Datenquelle ist das Statistische Bundesamt in Wiesbaden und die Deutsche Bundesbank. Die Abbildung unten zeigt die Aufteilung des Geldvermögens in den Anlagemöglichkeiten, sowie den Anstieg seit 1970. Im Jahr 2011 waren es 4.715.000 Milliarden Euro oder 4,7 Billionen. Das Gesamtvermögen belief sich auf 12,4 Billionen Euro.

Das sind die offiziellen Berechnungen der Bundesbehörden. Da sind die Schwarzgelder nicht mit erfasst.



Also Geld ist genug da, aber es sammelt sich in den Händen einer gierigen Minderheit, während die Mehrheit der Bevölkerung geplündert wird.

An Griechenland wird jetzt experimentell ausprobiert wie weit diese mafiaartigen Klicken in der Ausbeutung der Welt gehen können.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zwar Widerstand, aber er erreicht keine nennenswerte Dimension. Die Masse der Menschen hört weg und ist wahrscheinlich an den verlogenen Aussagen der Bundesregierung und den scheinheiligen Äußerungen der Opposition (Ausnahme die Linken) nicht interessiert, auch nicht an den Zuständen in anderen Teilen der Welt.

Seit Jahren wird von der Bundesregierung an einer Konkursverschleppung gearbeitet, damit die privaten Anlagebesitzer von griechischen Schuldverschreibungen die Möglichkeiten haben ihre Anlagen an die Staaten (EZB) loszuwerden. Dieser Prozess ist aktuell im Wesentlichen abgeschlossen. Der nicht zu vermeidende Konkurs steht bevor und wird massenhaft Steuergelder kosten.

Siehe Link: <http://www.youtube.com/watch?v=sZy17XRv0AM&feature=youtu.be>

Hans-Wilhelm Meyer (November 2012)

[www.ausbruchsversuche.de](http://www.ausbruchsversuche.de)